

## 17. Wahlperiode

### Schriftliche Anfrage

#### des Abgeordneten Björn Eggert (SPD)

vom 13. November 2014 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. November 2014) und **Antwort**

#### **Auflösung der Einsatzgruppe „Görli“ – gibt die Polizei den Kampf gegen den illegalen Drogenhandel auf?**

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Warum wurde die Einsatzgruppe „Görli“ aufgelöst?

Zu 1.: Zum 12. Mai 2014 wurde die Ermittlungsgruppe (EG) Görlitzer Park im Referat Verbrechensbekämpfung der Polizeidirektion 5 - als rein sachbearbeitende Einheit und ergänzender konzeptioneller Erprobungsansatz in der örtlichen Ermittlungsführung im Rahmen der Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung im Bereich des Görlitzer Parks und Umgebung - eingerichtet.

Bereits im Rahmen der konzeptionellen Ausgestaltung der EG Görlitzer Park wurde die Einrichtung zeitlich befristet (12. Mai 2014 - 31. Oktober 2014). Hieran anschließend sind die in dieser Zeit gewonnenen Erkenntnisse ausgewertet worden, um eine Empfehlung zum weiteren Vorgehen geben zu können.

Nach Auflösung der EG Görlitzer Park sind die Bearbeitungszuständigkeiten wieder nach dem Zuständigkeitsregister der Polizei Berlin aufgenommen worden.

Somit entfiel mit Wirkung zum 31. Oktober 2014 nur eine spezielle Bearbeitungserprobung als Teilmenge der polizeilichen Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung im Görlitzer Park und dessen Umfeld.

2. Wer hat die Auflösung veranlasst?

Zu 2.: Der zuständige Direktionsleiter hat die von vornherein nur für das Sommerhalbjahr eingerichtete Ermittlungsgruppenarbeit planmäßig beendet.

3. Inwiefern war die Auflösung mit dem LKA, dem Polizeipräsidenten und dem Innensenat abgestimmt?

4. Wie ist es möglich, dass eine gemeinsame Ermittlungsgruppe von Polizei und LKA ohne Zustimmung bzw. Kenntnis des Polizeipräsidenten aufgelöst werden kann?

Zu 3. und 4.: Es ist keine Abstimmung mit den genannten Stellen erfolgt. Da es sich um eine temporäre Bündelung der Ermittlungstätigkeiten innerhalb der örtlich zuständigen Polizeidirektion handelte, war diese Maßnahme an sich auch nicht abstimmungsbedürftig. Wegen der stadtweiten Bedeutung des Themas wäre in diesem Einzelfall allerdings die Einbindung der genannten Stellen angezeigt gewesen.

5. Ist es zutreffend, dass lediglich 7 Beamte der Einsatzgruppe „Görli“ angehört haben?

Zu 5.: In der EG Görlitzer Park haben sieben Beamtinnen und Beamte der Polizeidirektion 5 mitgewirkt.

6. Wie viele Beamte des LKA gehörten der Einsatzgruppe an?

Zu 6.: Beamte des Landeskriminalamtes (LKA) gehörten der EG Görlitzer Park nicht an.

7. Sind die in den Medien kolportierten Vorwürfe der Polizeidirektion 5 zutreffend, dass es zu wenig Unterstützung durch das LKA und den Polizeipräsidenten für die Einsatzgruppe gab?

Zu 7.: Nein. Siehe Antwort zu Frage 10.

8. Warum wurde die Einsatzgruppe nicht durch die Drogenfahnder des LKA unterstützt?

9. Wenn ja, warum gab es nicht mehr Unterstützung?

Zu 8. und 9.: Die Zielrichtung der EG war vorrangig die täterorientierte und deliktsübergreifende Aufklärung von im Görlitzer Park bzw. dessen Umgebung verübter Delikte wie Raub, Körperverletzung, gefährliche Körperverletzung, um daraus Bekämpfungsansätze entwickeln zu können. Der Fokus war nicht auf den organisierten Drogenhandel gerichtet, für welchen das LKA zuständig ist.

10. Wenn nein, warum wurden dann solche Vorwürfe erhoben und wie sah die konkrete Unterstützung für die Einsatzgruppe tatsächlich aus?

Zu 10.: In der behördeninternen Abschlussmeldung werden keine Vorwürfe erhoben, sondern aus der Arbeit der EG gewonnene Erkenntnisse als „erfolgskritische Faktoren“ benannt, um diese in der Folgekonzeption gegebenenfalls zu berücksichtigen.

11. Wird es eine neue Einsatzgruppe „Görli“ geben und wenn ja, wie wird diese ausgestattet sein?

12. Wenn nein, welche Strategie wird die Polizei bei der Bekämpfung des Drogenhandels rund um den Görlitzer Park nunmehr ergreifen und gibt es überhaupt ein konkretes Konzept der Polizei zur Bekämpfung des Drogenhandels in Berlin?

Zu 11. und 12.: Die Einrichtung einer neuen EG Görlitzer Park ist derzeit nicht beabsichtigt.

Im Zuge der durch den Senator für Inneres und Sport eingerichteten Taskforce, deren Auftaktsitzung am 25.11.2014 stattgefunden hat, wird gegenwärtig durch die Polizei Berlin eine ganzheitliche behördenübergreifende Konzeption entwickelt, um die Situation im und um den Görlitzer Park erkennbar und nachhaltig zu verbessern. Darin vorgesehen ist eine Intensivierung der polizeilichen operativen Maßnahmen sowie der Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz, vorrangig der Staatsanwaltschaft Berlin, mit dem Bezirkssamt Friedrichshain-Kreuzberg, mit dem Landesamt für Bürger und Ordnungsangelegenheiten und mit den Berliner Verkehrsbetrieben. Präventionsmaßnahmen werden intensiviert und es wird begleitende Öffentlichkeitsarbeit erfolgen.

Bei der Polizei Berlin ist eine behördeninterne Koordinierungs- und Steuerungsgruppe (KoSt) eingerichtet worden, die bereits einen Rahmen konzipiert und erste Maßnahmen initiiert hat.

Darüber hinaus befindet sich in der Polizei Berlin derzeit eine neue Gesamtstrategie zur Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität in der Abstimmung. Polizei und Zoll konzentrieren sich seit Jahren auf die Bekämpfung des Betäubungsmittelhandels und -schmuggels.

13. Beinhaltet ein solches Konzept auch die Bekämpfung der zunehmenden Drogenkriminalität rund um das RAW-Gelände in Friedrichshain?

Zu 13.: Ja.

14. Sofern es kein aktuelles polizeiliches Konzept geben sollte, wird an einem Konzept zur Lösung des Problems Drogenkriminalität gearbeitet?

Zu 14.: Siehe Antwort zu der Frage 12.

15. Welche Senatsverwaltungen sollten in das Konzept nach Meinung der Polizeiführung mit einbezogen werden, um eine Lösung des gesellschaftlichen Problems Drogenkriminalität erarbeiten zu können?

Zu 15.: Siehe Antwort zu Frage 12. Im Übrigen wird die Polizei Berlin ihr Konzept in die durch die Senatsverwaltung für Inneres und Sport eingerichtete Taskforce einbringen. Dort sind alle relevanten Verwaltungen vertreten. Darüber hinaus gibt es auch Bezüge zu anderen Senatsverwaltungen (etwa Gesundheit und Soziales), die sich mit Fragen der (Drogen-) Prävention befassen.

Berlin, den 01. Dezember 2014

In Vertretung

Bernd Krömer  
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 08. Dez. 2014)